

Neustart für kommunale Jugendpolitik 2020 Zehn Aufgaben für eine jugendgerechte Zukunft in jeder Gemeinde!

1 Bei der Kommunalwahl in Bayern am 15. März 2020 werden rund 40.000 Mandate in über
2 2.000 Gemeinde- und Stadträten sowie Kreistagen neu vergeben. Das bedeutet viele neue
3 Möglichkeiten für junge Leute in neuen Mandaten mit neuer Verantwortung für ihre
4 Heimatgemeinden. Vor allem ergibt sich dadurch die Chance für neue Kontakte und politische
5 Bewegung für Jugendbeteiligung, Jugendpolitik und Nachhaltigkeit, die uns schon sehr lange ein
6 wichtiges Thema sind!

7 Als Vertretung der Interessen der Landjugend wollen wir mit unserem christlichen Leitbild und
8 auf der Basis ausführlicher Positionen zehn klare Aufgaben für die Neugewählten formulieren und
9 schon für die nächste Wahl 2026 politische Weichen stellen.

10 I. Jede Gemeinde braucht mehr Mittel und neue Orte für Jugendpolitik

11 Jede der rund 2.000 Gemeinden in Bayern ist in der Verantwortung, eine eigenständige
12 Jugendpolitik zu gestalten. Nicht nur die Kreisverwaltungen sind zuständig dafür, alle Aktiven zu
13 vernetzen und Mittel für die Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Besonders die kleinen
14 Gemeinden auf dem Land sind aufgefordert, selbst tätig zu werden, ggfs. in interkommunaler
15 Zusammenarbeit. Es geht darum, im Dialog mit der Jugend geeignete Räume, mehr Personal
16 und neue Institutionen der Jugendpolitik wie Ortsjugendbeiräte oder Jugendparlamente mit
17 politischen Anhörungsrechten zu schaffen. Jede Gemeinde soll verpflichtet werden, mindestens
18 einmal jährlich methodisch aufbereitete Jugendversammlungen oder andere Beteiligungsformate
19 zu organisieren. Hier sollen alle jungen Leute Vorschläge machen können, was sie vor Ort
20 brauchen und Rückmeldung dazu erhalten. Wir gehen davon aus, dass die konkrete Gestaltung
21 der Beteiligungsformate (z. B. Satzungen für Jugendräte, -beiräte, -parlamente) nur im Dialog
22 mit den jungen Menschen der Gemeinde nach professionellen Qualitätskriterien selbst
23 gefunden werden kann.¹

¹ Ausführliche Vorschläge dafür im Beschluss des Bayerischen Jugendrings „Politische Beteiligung von jungen Menschen in der Bayerischen Gemeindeordnung verankern“ vom März 2018: www.kljb.click/bjrbeteiligung und „Demokratie braucht Jugendpolitik“, Beschluss der KLJB-Landesversammlung 2017: www.kljb.click/jugendpolitik

24 **2. Jung und ökologisch - Mobilität auf dem Land!**

25 Jede Kommune braucht eine Strategie für ökologische, bessere und flexiblere ÖPNV-Angebote
26 auf dem Land, z. B. Rufbusse, Anrufsammeltaxi, Bürgerbus, Car-Sharing, Plattformen für
27 Mitfahrgelegenheiten. Der flächendeckende Ausbau von Fahrradwegen ist ein wichtiger
28 Bestandteil der ökologischen Mobilität auf dem Land. Die mangelhafte Anbindung an den ÖPNV
29 ist neben der mangelnden Jugendbeteiligung eines der größten Probleme für die Jugend auf dem
30 Land, wie unsere Studie „Stadt. Land. Wo? Was die Jugend treibt.“ schon in ersten Ergebnissen
31 gezeigt hat.²

32 **3. Junges Wohnen auf dem Land - Bedarfsgerechte Wohnraumplanung**

33 Beim Wohnungsbau auf dem Land wird oft vergessen, dass es im Leben vieler junger Menschen
34 Phasen gibt, in denen sie nicht in ein Eigenheim ziehen, aber doch gerne auf dem Dorf wohnen
35 und ihre Netzwerke pflegen wollen. Die KLJB fordert bezahlbare, flexible und mehr Wohnungen
36 auf dem Land, die mit der Jugend selbst geplant werden. Junges Wohnen auf dem Land heißt
37 auch, nach anderen Wohnformen zu suchen, z. B. Haus-im-Haus-Bau oder
38 Mehrgenerationenhäuser. Dabei geht Innen- vor Außenentwicklung und Umbau vor Neubau für
39 lebendige Dorfkerne.³

40 **4. Junges Ehrenamt stärken - kein Engagement verhindern!**

41 Die Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement, das unsere vielfältige Gesellschaft
42 zusammenhält, wird zum größten Teil in der Kommunalpolitik entschieden. Die
43 generationsübergreifende Arbeit in Vereinen und Verbänden muss wirksam gefördert und
44 unterstützt werden und Räume für Jugendarbeit müssen kostenlos zur Verfügung stehen.
45 Bürokratische Hürden für das Ehrenamt und Veranstaltungen wie übertriebene Kontrollen und
46 Abgaben bei kleinen, gemeinnützigen Festen sollen systematisch abgebaut werden.⁴

47 **5. Bayern heißt christliche Willkommenskultur und echte Integration**

48 Die Herausforderungen einer Zuwanderungsgesellschaft stellen sich auch in der
49 Kommunalpolitik. Daher fordern wir u. a. Integrationsprojekte, die junge Menschen selbst
50 partnerschaftlich als interkulturelles Lernen auf dem Land gestalten. Dazu braucht es den
51 flächendeckenden Ausbau der Jugendmigrationsdienste und verstärkte Maßnahmen, eine Kultur
52 des Miteinanders zu fördern. Wir fordern auch von den Gemeinden, Städten und Landkreisen

² Energiekonzept der KLJB Bayern, Beschluss KLJB-Landesversammlung 2012. www.kljb.click/energiekonzept

³ Junges Wohnen auf dem Land, Beschluss KLJB-Landesversammlung 2017. www.kljb.click/jungeswohnen

⁴ „Periphere Regionen – Stützen und Stärken fürs Land“, Beschluss KLJB-Landesversammlung 2016. www.kljb.click/periphereregionen

53 klare Zeichen der christlichen Willkommenskultur in Bayern und Unterstützung der örtlichen
54 Vereine durch z. B. interkulturelle Bildungsangebote.⁵

55 **6. Kommunen steuern die Nachfrage – regional, ökologisch und fair geht vor!**

56 Der Wert landwirtschaftlicher Arbeit und ihrer Produkte muss auch in der Kommune wieder
57 erkennbar gestärkt werden. Regional, ökologisch und fair erzeugte Lebensmittel müssen bei allen
58 kommunalen Veranstaltungen, Gremien und Einrichtungen Vorrang vor dem Dumping-
59 Weltmarkt haben. Kommunen haben die Aufgabe, Initiativen für bessere regionale
60 Vermarktungsstrukturen (z. B. Dorfläden und Direktvermarktung) zu fördern. Ein nach dem
61 Volksbegehren Artenvielfalt formuliertes Ziel von 30 % Anteil ökologischer Landwirtschaft in der
62 Produktion lässt sich nur durch stärkere Nachfrage erreichen, für die auch die Kommunen und
63 ihre Unternehmen ihren Beitrag leisten müssen. Diese Vorbildfunktion muss in allen Bereichen
64 der öffentlichen Beschaffung (z. B. Arbeits- und Büromaterialien) und Investitionen übernommen
65 werden.

66 **7. Flächenverbrauch begrenzen – Land gewinnen!**

67 Die KLJB Bayern fordert beim Landesentwicklungsprogramm (LEP) verbindliche Ziele der
68 Landesentwicklung. Wir fordern neben vielen Einzelmaßnahmen eine verbindliche, klare
69 Zielvorgabe für den Flächenverbrauch in Bayern im Landesplanungsgesetz auf unter 5 ha/Tag.
70 Besonders die Gemeinden selbst sind beim Planen und Bauen gefordert, im Sinne künftiger
71 Generationen Flächenverbrauch zu vermeiden, nachhaltiges Flächenmanagement zu betreiben
72 und der Innenentwicklung Vorrang einzuräumen. In Bebauungsplänen kann frühzeitig
73 Flächenversiegelung reduziert werden. Statt reinem Wettbewerbsdenken der Gemeinden muss
74 die interkommunale Zusammenarbeit durch Anreize beim Flächenmanagement gefördert
75 werden.⁶

76 **8. Klare Klimaziele in der Kommunalpolitik setzen!**

77 Im Energiekonzept „Junge Ideen für neue Energien!“ fordert die KLJB Bayern klare Ziele, die
78 auch in der kommunalen Klimapolitik umgesetzt werden können. Unserer Generation bleibt an-
79 gesichts des Klimawandels keine Alternative mehr als konsequent zu handeln: Wir wollen so früh
80 wie möglich 100 % Anteil erneuerbarer Energien erreichen und damit den Ausstieg aus der un-
81 verantwortlichen fossilen und atomaren Energieversorgung schaffen. Energie sparen ist der beste

⁵ „Willkommen in Bayern – unsere Verantwortung für Asylsuchende“, Beschluss der KLJB-Landesversammlung 2014. www.kljb.click/willkommeninbayern

⁶ „Flächen sparen – Land gewinnen“, Beschluss der KLJB-Landesversammlung 2015. www.kljb.click/flaechensparen und Vorschläge im Bündnis „Das bessere LEP“ 2019 auf www.besseres-lep-bayern.de

82 Weg zur Energiewende: Der Energieverbrauch kann und muss so bald wie möglich beim Strom-
83 bedarf und im Wärmebereich gesenkt werden.

84 **9. Politische Bildung für Demokratie und Toleranz**

85 Die KLJB erwartet von der Kommunalpolitik mehr Förderung bürgerschaftlichen Engagements
86 für Demokratie und Toleranz und damit gegen Menschenfeindlichkeit. Mehr politische Bildung,
87 die kommunale Jugendarbeit anbieten kann, ist der beste Weg, Menschenfeindlichkeit,
88 insbesondere in der Form von Rechtsextremismus wirksam zu verhindern. Sie ist für uns auch
89 die Grundlage für eine ernstgemeinte kommunale Jugendbeteiligung. Das Online-Zeitalter erfor-
90 dert zudem mehr medienpädagogische Angebote für junge Menschen, damit politische Beteiligung
91 und kritische Medienkompetenz auch in ländlichen Räumen gestärkt werden.

92 **10. Jugendbeteiligung gesetzlich verankern - Wahlrecht ab 14**

93 Die KLJB Bayern fordert das Prinzip Jugendbeteiligung durchgängig bei einer Reform der
94 Bayerischen Gemeindeordnung und in der Bayerischen Verfassung zu verankern. Eine
95 eigenständige Jugendpolitik soll fester Bestandteil der Jugend-, Nachhaltigkeits- und Demographie-
96 Strategie der Staatsregierung wie auch der kommunalen Satzungen und Verordnungen sein. Eine
97 zentrale Frage der Jugendbeteiligung neben den Anspruchsrechten und der Jugendpolitik-
98 Strategie ist für uns das aktive Wahlrecht mit Stimmrecht bei Bürgerversammlungen ab 14 oder
99 als Kompromiss ab 16 Jahren, das 2020 noch immer nicht gilt. Bei Wahlen zum Pfarrgemeinderat
100 gilt das Wahlalter 14 bereits, was sich seit Jahrzehnten bewährt.⁷

101

102

103 **Wir nehmen Kontakt auf – und freuen uns auf politische Gespräche!**

104 Wir sehen uns als KLJB selbst verpflichtet, nach der Kommunalwahl im Kontakt mit den
105 Neugewählten mehr Jugendpolitik, Jugendbeteiligung und Nachhaltigkeit einzufordern und laden
106 unsere Orts- und Kreisverbände dazu ein, dieses Papier dafür als Grundlage zu verwenden!

107

⁷ „Jugendbeteiligung bewegt das Land - Mehr Partizipation und politische Bildung in Bayern!“, Beschluss KLJB-Landesausschuss I/2012
www.kljb.click/mehrpazitipation